



Bernard E. Harcourt
Gegenrevolution
Der Kampf der
Regierungen gegen
die eigenen Bürger
Mit einem Vorwort von
Carolin Emcke

S. Fischer **Wissenschaft**

Bernard E. Harcourt

Gegenrevolution

Der Kampf der Regierung gegen die
eigenen Bürger

Aus dem Englischen
von Frank Lachmann

 | E-BOOKS

Über dieses Buch

Die Polizei wird mit Drohnen und Panzern aufgerüstet, die Überwachung der eigenen Bürger ausgeweitet, während die Menschen sich von digitalen Angeboten ablenken lassen: Bernard E. Harcourt führt all diese Themen zusammen und zeigt im Anschluss an Foucault, wie eine neue Regierungsform entsteht: Gespeist aus der militärischen Strategie der Bekämpfung von Aufständen, benutzt sie das Argument vom »Kampf gegen Terrorismus«, um ein neues Herrschaftsregime zu errichten. Dessen Prinzipien beruhen auf umfassender Geheimdienstinformation, schonungslosem Targeting von Minderheiten sowie einer Propaganda, die beruhigen soll. Es gilt, so Harcourts brillante Analyse, diese Regierungsform als das zu entlarven, was sie ist: die Tyrannei unseres Zeitalters

Weitere Informationen finden Sie auf www.fischerverlage.de

Biografie

Bevor Bernard E. Harcourt Professor für Rechts- und Politikwissenschaften an der Columbia University wurde, arbeitete er als Verteidiger für zum Tode Verurteilte und engagierte sich für Menschenrechte in Südafrika und Guatemala. Als Sohn französischer Eltern wuchs er in New York auf und studierte in Princeton und Harvard Politikwissenschaften. Heute lehrt er an der Columbia University in New York und an der École des Hautes Études en Sciences Sociales in Paris. Er ist Mitherausgeber der Vorlesungen von Michel Foucault.

Weitere Informationen finden Sie auf www.fischerverlage.de

Impressum

Erschienen bei FISCHER E-Books

Die Originalausgabe erschien unter dem Titel »The Counterrevolution. How Our Government Went to War Against Its Own Citizens« im Verlag Basic Books, New York

© 2018 by Bernard E. Harcourt

Für die deutschsprachige Ausgabe:

© 2019 S. Fischer Verlag GmbH, Hedderichstr. 114, D-60596 Frankfurt am Main

Covergestaltung: heißmann, heilmann, Hamburg

Abhängig vom eingesetzten Lesegerät kann es zu unterschiedlichen Darstellungen des vom Verlag freigegebenen Textes kommen.

Dieses E-Book ist urheberrechtlich geschützt.

ISBN 978-3-10-491046-8

Dieses E-Book ist urheberrechtlich geschützt.

Die Nutzung unserer Werke für Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG behalten wir uns explizit vor.

Hinweise des Verlags

Abhängig vom eingesetzten Lesegerät kann es zu unterschiedlichen Darstellungen des vom Verlag freigegebenen Textes kommen.

Im Text enthaltene externe Links begründen keine inhaltliche Verantwortung des Verlages, sondern sind allein von dem jeweiligen Dienstanbieter zu verantworten. Der Verlag hat die verlinkten externen Seiten zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung sorgfältig überprüft, mögliche Rechtsverstöße waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Auf spätere Veränderungen besteht keinerlei Einfluss. Eine Haftung des Verlags ist daher ausgeschlossen.

Dieses E-Book enthält möglicherweise Abbildungen. Der Verlag kann die korrekte Darstellung auf den unterschiedlichen E-Book-Readern nicht gewährleisten.

Wir empfehlen Ihnen, bei Bedarf das Format Ihres E-Book-Readers von Hoch- auf Querformat zu ändern. So werden insbesondere Abbildungen im Querformat optimal dargestellt. Anleitungen finden sich i.d.R. auf den Hilfeseiten der Anbieter.

Inhalt

[Motto]

[Widmung]

Vorwort von Carolin Emcke

Die Geburt der Gegenrevolution

Teil I Der Aufstieg der modernen Kriegsführung

1 Aufstandsbekämpfung ist politisch

2 Ein janusköpfiges Paradigma

Teil II Ein außenpolitischer Triumph

3 Totale Informationskenntnis

4 Unbefristete Inhaftierungen und Tötungen durch
Drohnen

5 Die Herzen und Hirne gewinnen

6 Regieren durch Terror

Teil III Die Domestizierung der Aufstandsbekämpfung

7 Die Aufstandsbekämpfung kommt nach Hause

8 Die Amerikaner überwachen

9 Die Amerikaner ins Visier nehmen

10 Die Amerikaner ablenken

Teil IV Von der Aufstandsbekämpfung zur Gegenrevolution

11 Die Gegenrevolution wird geboren

12 Rechtmäßige Verhältnisse

13 Ein neues System

Ockhams Rasiermesser oder: Der Gegenrevolution widerstehen

Coda zur deutschen Ausgabe

Amerikas neurechte Gegenrevolution

Die amerikanische Neue Rechte

Antirassismus ist Rassismus

»Metapolitik«

Eine echte Gegenrevolution

Danksagung

Abbildungsverzeichnis

Die Untertanen seien davor gewarnt,
sich nicht mehr unterzuordnen als unbedingt nötig.

– Wilhelm von Ockham, *A Short Discourse on Tyrannical Government* (um 1340)

Im Gedenken an Sheldon S. Wolin

Vorwort von Carolin Emcke

Endlich. Endlich erscheint dieses Buch in einer deutschen Übersetzung. Endlich gibt es mit »Gegenrevolution« von Bernard E. Harcourt einen der originellsten amerikanischen Denker auch für das hiesige Publikum zu entdecken. Die mediale Auseinandersetzung mit der amerikanischen Gesellschaft war zuletzt auf immer kurzatmigere Empörungssentenzen über wahlweise weinerliche oder brutale Twitter-Arien des Präsidenten Trump zusammengeschnurrt. Das ist eine häufig unterschätzte Variante von Zensur: kritische Berichterstattung nicht zu verhindern und zu unterdrücken, sondern ausdrücklich einzuladen und quantitativ zu überfordern. Seit seinem Amtsantritt im Januar 2017 erzeugt der amerikanische Präsident unablässig kommunikativ Stoff, wirft unablässig Futter in die Diskurs-Manege, nach dem eilig durch die journalistische Zunft oder den politischen Gegner geschnappt wird. Bevor der jeweilige Brocken verdaut ist, legt Trump nach mit dem nächsten Happen. Der amerikanische Präsident generiert permanent neue obszöne Spektakel, die skandalisiert werden können – damit die eigentlichen Skandale unbeobachtet bleiben. Es ist das Tempo seiner Beleidigungen, die Häufigkeit seiner Lügen, die Wechselhaftigkeit seiner Launen, die jede nachhaltige Kritik, jede langfristige Analyse des Zustands der amerikanischen Demokratie erschweren.

Dagegen verkürzt Harcourt die gesellschaftstheoretische Brennweite und verbreitert so den Ausschnitt, den wir fokussieren sollen. Anstatt lauter einzelne Ereignisse, einzelne Dekrete, einzelne innen- oder außenpolitische Entscheidungen der Administration Trump in Nahaufnahme zu betrachten, interessiert sich Harcourt für die langfristigen, strukturellen Veränderungen, die die Prinzipien der amerikanischen Demokratie selbst aushöhlen. Wer nur die republikanische Partei und Donald Trump kritisiert sehen möchte – dem wird dieses Buch die bequeme parteipolitische Perspektive zerstören. Präsident Trump ist für Harcourt nicht der Ursprung antidemokratischer Dynamiken in den Vereinigten Staaten, sondern lediglich ihr peinlichstes Symptom. Tatsächlich schrieb Harcourt an seiner bitter-scharfen Deutung der Unterwanderung rechtsstaatlicher, demokratischer Normen, schon bevor Trump überhaupt gewählt wurde. Das Regierungshandeln, das in den Krieg gegen die eigenen Bürgerinnen und Bürger zieht, das verfolgte für Harcourt schon die Regierung von George W. Bush und die von Barack Obama.

Die theoretische Linse, mit der Harcourt uns diesen anderen Blick auf die amerikanische Politik ermöglicht, ist das Modell der »Aufstandsbekämpfung«. Ursprünglich für die Niederschlagung von Widerständen in Kolonialgebieten entworfen, interpretiert Harcourt diese militärische Strategie als das neue Paradigma amerikanischer Politik. Die Techniken

der Identifizierung und Unterdrückung einer feindlich gesinnten Minderheit, das Bemühen, die restliche Bevölkerung für sich einzunehmen oder zu beruhigen – all diese Methoden, mit denen das amerikanische Militär aus Kriegen in Vietnam, Afghanistan oder dem Irak im Umgang mit bewaffneten Milizen vertraut ist, sieht Harcourt gnadenlos im Inland angewendet. Auch wenn es die aufständischen Gegner im Inneren gar nicht gibt, so werden Angehörige bestimmter Minderheiten eben behandelt, als ob sie es wären. Auch wenn Bürgerrechte der Erfassung und Überwachung von amerikanischen Bürgerinnen und Bürgern entgegenstehen sollten, so werden sie dennoch ausgehebelt. Die Militarisierung des Politischen, das Ausspielen von Bürger- und Freiheitsrechten durch die Logik der simulierten Gefahrenabwehr, spielt Harcourt auf innenpolitischem und außenpolitischem Feld durch.

Es sind ganz unterschiedliche politische, soziale Phänomene, die sonst gern in unterschiedlichen theoretischen oder politischen Kontexten verhandelt werden, die hier auf einmal als Elemente ein und derselben totalitären Ordnung aufscheinen: die Unterdrückung von sozialen Bürgerrechtsprotesten wie der BlackLivesMatter-Bewegung, das umfassende Sammeln von privaten Daten im Inland sowie unbegrenzte Inhaftierung oder gezielte Tötungen durch Drohnen im Ausland – all das verbindet sich in diesem düsteren Essay zu Anwendungen ein und derselben Strategie. Nicht nur

staatliche Akteure stützen die militärische Logik der Aufstandsbekämpfung, auch private Unternehmen wie Facebook und Google und nicht zuletzt die lethargischen Bürgerinnen und Bürger, die ihre Rechte und Daten mal freiwillig, mal unfreiwillig preisgeben.

Was die Lektüre so faszinierend macht: Hier schreibt nicht einfach nur ein in kritischer Theorie geschulter Rechtsphilosoph, der über Sicherheits- und Überwachungsdogmen wie über Diskriminierung und Ausgrenzung nachgedacht hat. Sondern hier schreibt jemand, der durch jahrzehntelange Arbeit als Anwalt auch die praktischen Folgen der Missachtung von Menschen- oder Bürgerrechten erlebt und angefochten hat. Bernard E. Harcourt verteidigt seit über 20 Jahren Häftlinge, die zum Tode verurteilt wurden. Er gehörte zu den Initiatoren jenes offenen Briefs von 2400 Juraprofessoren, die sich gegen die Ernennung von Brett Kavanaugh zum Richter des Supreme Court wandten, weil sie nach Kavanaughs aggressivem Auftritt vor dem Senatsausschuss seine Eignung bezweifelten. Zu Harcourts jüngsten juristischen Interventionen gehört eine Sammelklage im Konflikt um die Dakota Access Pipeline, in der er zwei Mitglieder des Standing-Rock-Stammes gegen den Staat, das County und private Sicherheitsdienste vertritt, die den Klägern den Zugang zu ihren heiligen Stätten verweigerten.

Die schiere Lust an lebensweltlichen Details, die überbordende Fülle an praktischen Beispielen, die präzisen Recherchen, sei es über Etaterhöhungen im Verteidigungsbudget oder über Bewegungsprofile, die durch Spiele wie Pokémon Go erstellt werden – die schiere Materialfülle, mit denen Harcourt seine Analysen unterfüttert, machen dieses Buch zu einer so atemberaubenden wie erschütternden Lektüre. Wer darüber nachdenken möchte, wie sich Sicherheits- und Freiheitskategorien gegeneinander ausspielen lassen, wer sich für die Deformation der (nicht nur amerikanischen) Demokratie interessiert, wer die Militarisierung der Politik befragen will, wird auf die Auseinandersetzung mit den Thesen von Harcourt nicht verzichten können.

Die Geburt der Gegenrevolution

Am 9. Dezember 2014 präsentierte die kalifornische Senatorin Dianne Feinstein der Öffentlichkeit einen 547 Seiten starken Bericht des Senate Select Committee on Intelligence, der die umfangreiche Anwendung von Folter durch die USA seit dem 11. September dokumentiert. Dieser Senatsbericht offenbarte einen viel intensiveren Einsatz der Folter, als bis dahin bekannt war. Ein Gefangener wurde »mindestens 183 Mal« dem Waterboarding unterzogen. Einmal wurde er bei vier Waterboarding-Anwendungen innerhalb von weniger als 24 Stunden »mehr als 65 Mal mit Wasser übergossen«. [1]

Ein anderer Gefangener wurde an fast 20 aufeinanderfolgenden Tagen »nahezu rund um die Uhr« gefoltert. In dieser Zeit wurde er zwei- bis viermal täglich dem Waterboarding unterzogen, wobei es »bei jedem Durchgang zu mehrfachen Wiederholungen des Begießungsvorgangs« kam. In einem dieser Durchgänge war der Gefangene »nicht mehr ansprechbar, wobei Blasen aus seinem offenstehenden, gefüllten Mund aufstiegen«, und »blieb so lange ohnmächtig, bis er medizinische Hilfe erhielt, in deren Folge er das Bewusstsein wiederlangte und ›große Mengen Flüssigkeit‹ von sich gab«. In demselben Zeitraum wurde dieser Gefangene zudem »in verschiedenen Kombinationen und 24 Stunden am Tag« Methoden wie dem »Walling [der Häftling wird gegen eine

Wand geschleudert], attention grasps [Aufmerksamkeitserzwingung, bei der der Häftling am Hals gepackt und hochgerissen wird], Ohrfeigen, Haltegriffen im Gesicht, anstrengenden Körperhaltungen, der erzwungenen Unterbringung in engen Räumen, weißem Rauschen und Schlafentzug ausgesetzt«. Wenn man ihn allein ließ, dann in einer Stressposition, auf dem Waterboarding-Gestell oder eingesperrt in sarggroßen Kisten. Tatsächlich verbrachte er während dieser Zeit »insgesamt 266 Stunden (11 Tage und zwei Stunden) in der großen (sargförmigen) Arrestkiste und 29 Stunden in einer kleinen Kiste, die 53 Zentimeter breit, 75 Zentimeter tief und 75 Zentimeter hoch war«. Seine Vernehmer erklärten ihm, dass »der einzige Weg, der für ihn aus der Anlage herausführen würde, der in jener sargförmigen Arrestkiste sei«. [2]

Neben der Schilderung des Ausmaßes, in dem diese bereits bekannten Foltertechniken zum Einsatz kamen, enthüllte der Senatsbericht zudem die bis dato geheim gehaltene Durchführung von Scheinhinrichtungen, Eisbädern, »rektaler Rehydratation« (definiert als »rektale Ernährung ohne nachgewiesene medizinische Notwendigkeit«) und »Drohungen, den Kindern der Häftlinge zu schaden, die Mutter eines Häftlings sexuell zu missbrauchen, sowie eine Drohung, ›der Mutter [eines Häftlings] den Hals aufzuschlitzen«. Der Bericht deckte den wahren Charakter vermeintlich maßvoller Verhörtechniken auf. So hieß die Anwendung des Schlafentzugs beispielsweise, dass »Gefangene bis zu 180 Stunden lang

wachgehalten wurden, dabei normalerweise stehend oder in anstrengenden Körperhaltungen und manchmal mit über dem Kopf gefesselten Händen«. Der Bericht dokumentierte dabei mindestens ein Todesopfer: »Ein Häftling, der teilweise entblößt auf einem Betonboden festgekettet war, kam dabei ums Leben, wahrscheinlich aufgrund einer in der Einrichtung erlittenen Unterkühlung.« (Der verstorbene Journalist Anthony Lewis hat einen weiteren Todesfall dokumentiert, bei dem das Opfer dem Autopsiebericht zufolge »den Erstickungstod durch Abschnürung des Atems und das Zusammenpressen der Brust« fand.) Zudem enthüllte jener Bericht die konzertierten Bemühungen darum, das Ausmaß der Folter zu verheimlichen, wodurch ihre vollständige Dokumentation unmöglich gemacht wurde. So stellte sich zum Beispiel bei einer Durchsicht des Verzeichnisses der angefertigten Videobänder heraus, »dass die Aufnahmen von 21 Stunden [Verhör], in denen auch zwei Waterboarding-Anwendungen durchgeführt wurden, fehlten«.

[3] Bis heute ist das ganze Ausmaß der Folter durch die Amerikaner unbekannt.

Nur wenige Stunden vor Veröffentlichung des Folterberichts des Senats berichtete das Bureau of Investigative Journalism, dass die Vereinigten Staaten in der jemenitischen Provinz Schabwa einen Angriff mit einer Predator-Drohne durchgeführt hatten. Dabei war und ist der Jemen für die USA kein konventionelles Kriegsgebiet wie etwa Afghanistan oder der Irak. Trotzdem umfasste der amerikanische Militäreinsatz,

neben dem Drohnenangriff, auch die Beteiligung von mindestens 40 Angehörigen von US-Spezialeinheiten. Mit diesem Angriff sollten offenbar zwei Geiseln befreit werden, die allerdings bei der Operation ums Leben kamen. Insgesamt wurden 13 Personen getötet – von denen acht angeblich Zivilisten waren, unter ihnen ein zehn Jahre altes Kind. Ein Dorfbewohner berichtete gegenüber Reuters, dass fünf seiner Söhne ums Leben gekommen seien. Einem einheimischen Dorfältesten zufolge »wurden einige Bewohner des Dorfes von den Explosionen geweckt; sie sahen aus ihren Fenstern und die Amerikaner haben sie erschossen. [Amerikanische und jemenitische Soldaten] schossen auf jeden, der sich in der Nähe des Hauses befand, in dem sich die Geiseln befanden, und erstürmten mindestens vier Häuser«. [4]

Die erste bewaffnete Drohne erreichte Afghanistan am 7. Oktober 2001, ein paar Wochen nach den Angriffen auf das World Trade Center. Kurz darauf unterzeichnete US-Präsident George W. Bush ein Dekret zur Erstellung einer geheimen Liste »hochwertiger Ziele« – umgangssprachlich als die »Kill List« bekannt – und autorisierte die CIA dazu, jeden auf der Liste zu töten, ohne weitere Anweisungen oder die explizite Genehmigung des Präsidenten abwarten zu müssen. Nach dem Amtsantritt von Präsident Barack Obama im Januar 2009 nahm die Zahl der Drohneneinsätze enorm zu. Zwischen dem 20. Januar 2009 und dem 31. Dezember 2015 hat die Obama-Administration Berichten zufolge 473 Angriffe *außerhalb* von Gebieten mit aktiven Kampfhandlungen durchgeführt. [5] Das

Bureau of Investigative Journalism hatte bis Juni 2017 in Pakistan (seit 2004), Afghanistan (seit 2015), Jemen (seit 2002) und Somalia (seit 2007) zwischen 739 und 1407 unbeabsichtigte zivile Drohnen-tote dokumentiert, von denen zwischen 240 und 308 Kinder waren. [6] Wie der Philosoph Grégoire Chamayou zu jener Zeit schrieb: »Die Drohne ist zu einem Symbol der Obama-Regierung geworden, als Instrument seiner inoffiziellen Antiterrorismus-Doktrin – ›Töten statt Gefangennehmen‹: Man gibt der gezielten Tötung und der Predator-Drohne den Vorzug gegenüber Folter und Guantanamo.« [7]

Zur selben Zeit, als der Drohnenangriff in der Provinz Schabwa stattfand, berichtete die Presse außerdem, dass das US Foreign Intelligence Surveillance Court (FISC) – das für die Überwachung der Auslandsgeheimdienste zuständige Gericht – eine geheime Anweisung zur erneuten Inkraftsetzung des Section-215-Programms des USA PATRIOT Act für weitere 90 Tage erteilt hatte. Section 215, das vom Kongress nach dem 11. September verabschiedet wurde, erlaubte die massenhafte Ansammlung von Telefonie-Metadaten, die sich im Besitz der amerikanischen Telekommunikationsunternehmen befinden. Unter diesem Programm häufte die National Security Agency (NSA) Tag für Tag die Verbindungsdaten von Millionen und Abermillionen amerikanischen Telefonkunden an. [8] Mit den Worten eines Bundesrichters gesprochen, »ermächtigt [Section 215] die Regierung dazu, Telefonie-Metadaten jedes Telefonnutzers in den Vereinigten Staaten zu speichern und zu

analysieren«. Dieser Richter – ernannt von Präsident George W. Bush – bezeichnete die NSA-Technologie als »nahezu orwellianisch«. [9]

Section 215 lief parallel zu einer ganzen Reihe weiterer NSA-Programme zur Massensammlung und -analyse persönlicher Daten sowohl von Amerikanern als auch von anderen Personen, die so ominöse Namen wie PRISM, BOUNDLESS INFORMANT, BULLRUN, MYSTIC, UPSTREAM und so weiter trugen. Das PRISM-Programm, 2007 gestartet, verschaffte der NSA unmittelbaren Zugang zu den Servern von Google, Facebook, Microsoft, Yahoo, Paltalk, YouTube, Skype, AOL, Apple und anderen Unternehmen. In Verbindung mit anderen Programmen wie etwa XKeyscore ermöglichte PRISM es den Agenten der NSA sowie den ihr zuarbeitenden Vertragsunternehmen, die E-Mail-Kontakte, Nutzeraktivitäten, Webmails und sämtliche Metadaten jeder beliebigen Person zu erheben. Durch den Einsatz weiterer Programme und Werkzeuge wie etwa dem DNI Presenter konnte die NSA, Glenn Greenwalds investigativen Berichten zufolge, »die Inhalte gespeicherter E-Mails« sowie »den Inhalt von Facebook-Chats und privaten Nachrichten lesen« und »die IP-Adressen jeder Person in Erfahrung bringen, die irgendeine vom Analysten spezifizierte Website aufruft«. Der *Washington Post* zufolge hat die NSA bereits im Jahre 2010 1,7 Milliarden Kommunikationsverbindungen pro Tag abgehört und aufgezeichnet. [10]

Während das FISC die Inlandsüberwachung wieder erlaubte, hat das New York City Police Department (NYPD) bei seiner Auswertung politischer Betätigungen im Inneren heimlich amerikanische Muslime ins Visier genommen. Mindestens von 2010 bis 2015 hat das NYPD 95 Prozent seiner verdeckten Überwachungsaktivitäten auf einzelne muslimische Amerikaner sowie mit dem Islam im Zusammenhang stehende politische Betätigungen gerichtet. [11] Damit setzte das NYPD eine jahrzehntelange Geschichte der Überwachung muslimischer Amerikaner in der Stadt und in ihrer Umgebung fort.

Kurz nach dem 11. September begann das NYPD mit einer massiven verdeckten Überwachungsaktion, die auf die Moscheen, Unternehmen und Gemeinschaften der amerikanischen Muslime überall in New York City und der Umgebung der Stadt ausgerichtet war. Das NYPD verfügte über von ihm sogenannte »Moschee-Schleimer«, die Predigten und Gottesdienste beobachteten, sich unter die Gläubigen mischten und so viele Informationen wie möglich über mehr als 100 Moscheen, muslimische Firmen und Studentengruppen zu gewinnen versuchten – ohne vorab über Beweise für irgendwelche Verfehlungen zu verfügen. Das NYPD überwachte amerikanische Staatsbürger muslimischen Glaubens, um herauszufinden, wo sie lebten, arbeiteten, aßen und beteten. Es forderte die NYC Taxi & Limousine Commission dazu auf, über jeden pakistanischen Taxifahrer in

New York City einen Bericht abzufassen, ja es schickte sogar einen Zivilfahnder auf eine Wildwasserrafting-Tour mit muslimischen Studenten des New Yorker City College, um deren Gespräche zu belauschen und verdeckt zu ermitteln. [12]

Bis zum Jahr 2007 hat das NYPD eine von ihm sogenannte »geheime Demographie-Einheit« aufgestellt, die unter anderem Berichte über Newark, New Jersey (60 Seiten lang), Suffolk County (70 Seiten) und Nassau County (96 Seiten) anfertigte, die diverse Karten und Stadtpläne enthielten, in denen Moscheen, Medresen und die muslimische Bevölkerungsdichte verzeichnet und kodiert waren. Diese Berichte jener Demographie-Einheit verzeichneten sämtliche islamischen Institutionen und enthielten Fotos von Gebäuden, umfangreiche Profile und Vermerke sowie geheime Berichte über muslimische Unternehmen, die fein säuberlich deren Adressen und Telefonnummern auflisteten sowie Fotoaufnahmen, Angaben zur ethnischen Zugehörigkeit der Besitzer und »besondere Bemerkungen« umfassten. [13]

Und zeitgleich mit der Veröffentlichung des Folterberichts des Senats, des Drohnenangriffs in der Provinz Schabwa, der erneuten Genehmigung der Inlandsüberwachung durch die NSA und die Bespitzelung amerikanischer Muslime durch das NYPD ergoss sich aus Ferguson, Missouri – dem Schauplatz eines tödlichen Schusswaffeneinsatzes durch die Polizei, bei dem am 9. August 2014 der 18-jährige Michael Brown ums Leben kam – eine zweite Welle von Protesten gegen tödliche

Polizeigewalt. Diese neuerlichen Proteste wurden zum Teil durch die Entscheidung der Grand Jury von Staten Island, New York, befeuert, keine Anklage gegen den New Yorker Polizisten Daniel Pantaleo wegen des Erstickungstodes von Eric Garner zu erheben. Zu genau jener Zeit, als diese Protestwellen aufbrandeten – in Ferguson ebenso wie anderswo im Land –, wurden wir zu Zeugen der vollständigen Militarisierung der Polizeikräfte in den USA, die mittlerweile mit M4-Maschinengewehren, Scharfschützengewehren, Kampfanzügen und Soldatenhelmen, Panzern sowie mit gegen Hinterhalte und Minen gesicherte Patrouillenfahrzeugen und Granatwerfern aus den Kriegen im Irak und Afghanistan ausgerüstet worden waren.

Schwerbewaffnete Polizisten in vollgepanzerten Fahrzeugen standen zumeist friedlichen und unbewaffneten Demonstranten gegenüber. Eine neue militarisierte Polizei kam überall in den USA zum Einsatz, und die Bilder davon überschwemmt unsere Nachrichtenkanäle und die sozialen Medien.

*

Waterboarding und sarggroße Arrestkisten. Drohnenschläge außerhalb konventioneller Kriegsgebiete – gleichzeitig unbegrenzte Inhaftierungen in Guantánamo Bay und militärische Sonderkommissionen. Die totale Überwachung durch die NSA. Die geheime Infiltration amerikanischer Moscheen und muslimischer Studentengruppen – ohne

jeglichen Beleg für irgendein Fehlverhalten. Eine hypermilitarisierte Polizei auf amerikanischen Straßen.

Manche Beobachter betrachten diese Ereignisse als vereinzelte, spontane oder unzusammenhängende Exzesse oder sogar als notwendige, aber vorübergehende Abweichungen von unseren wichtigsten amerikanischen Werten in Zeiten globalen Terrors und innerer Unruhen nach dem 11. September. Andere Kommentatoren behaupten, diese Ereignisse würden einen neuen »Ausnahmestand« repräsentieren – eine provisorische, radikale Weise des Regierens jenseits der Rechtsstaatlichkeit.

Doch diese Maßnahmen sind alles andere als exzeptionell oder anomal oder vereinzelt – und auch nicht nur vorübergehend. Vielmehr exemplifizieren sie eine neue Art und Weise, wie wir in den Vereinigten Staaten uns selbst im Ausland und zu Hause regieren: ein neues Regierungsmodell, das von der Theorie und der Praxis der kontrainsurgenten Kriegsführung inspiriert ist. Diese Episoden sind nicht die sporadischen Momente eines temporären Exzesses, keine kurzfristigen Abweichungen von der Rechtsstaatlichkeit. Vielmehr fügen sich diese Maßnahmen wie die Teile eines Puzzles im Rahmen eines viel umfassenderen und bedeutsameren historischen Übergangs zusammen; eines Übergangs *nicht vom Rechts- zum Ausnahmestand, sondern von einem an der großräumigen Kriegsführung auf dem Schlachtfeld geschulten Regierungsmodell hin zu einem, das sich an taktischen Strategien zur Aufstandsbekämpfung orientiert.*

[2] William of Ockham, *Breviloquium de principatu tyrannico*, in: ders., *Opera Politica*, Bd. 4, hg. von Hilary Seton Offler, Oxford 1997, Buch 1, Kap. 4, S. 97–260, hier S. 102 (»*Admonendi sunt subditi, ne plus quam expedit sint subiecti*«). Ockham zitiert hier Papst Gregor. Die Übersetzung stammt von mir. Eine historisch und theoretisch genauere Übersetzung würde lauten: »Die Untertanen sollten dazu ermahnt [*admonished*] werden, sich nicht mehr zu unterwerfen, als es von ihnen verlangt wird«, wobei der lateinische Ausdruck *admonendi* eher so etwas wie »vorgewarnt«, »beraten« oder »zu etwas angewiesen sein« bedeutet und *subiecti* eher an den Begriff der Subjektifikation [*subjectification*] erinnert. Letzterer kommt dem Foucault'schen Begriff des *assujettissement* sehr nahe. Im heutigen amerikanischen Englisch ist der Begriff der Subjektifikation allerdings zu rarefiziert und der Ausdruck *admonished* zu eng mit dem Begriffsfeld der Bestrafung verknüpft. Zudem rückt die Bedeutung von *subiecti* im heutigen politischen Kontext zu nahe an den eher mit Gewalt assoziierten Begriff der Unterwerfung [*subjugation*] heran. Um dem Leser diese Passage verständlich zu machen, habe ich mich daher dafür entschieden, einen eher modernen Mittelweg zu wählen. In der Cambridger Ausgabe heißt es: »Die Untertanen sollten angedrungen werden, nicht untertäniger zu sein, als es nützlich ist« (William of Ockham, *A Short Discourse on Tyrannical Government*, hg. von Arthur Stephen McGrade, Cambridge 1992, S. 9). Die französische Ausgabe übersetzt das päpstliche Zitat mit den Worten »*les sujets doivent être avertis*

de ne pas être assujettis plus qu'il n'est nécessaire« (Ockham, *Court traité*, S. 102).

[3] Ders., *Breviloquium*, Buch 2, Kap. 3, S. 115; ders., *Court traité*, S. 120f.; ders., *A Short Discourse*, S. 23f.

[4] Ders., *Breviloquium*, Buch 2, Kap. 3, S. 114f.; ders., *Court traité*, S. 119; ders., *A Short Discourse*, S. 22.

[5] Michel Foucault, *Was ist Kritik?*, Berlin 1992, S. 12; vgl. auch ders., *Theorien und Institutionen der Strafe*.

[6] Ockham, *Breviloquium*, Buch 1, Kap. 4, S. 102 (*»subiectionem autem nimiam cavere non possunt, nisi sciant quam et quantam super eos praesidens habeat potestatem«*). Eine wortgetreue und historisch akkuratere Übersetzung könnte lauten: »Die Untertanen können nicht auf ihre übermäßige Unterordnung Acht geben, solange sie nicht wissen, in welcher Art und in welchem Ausmaß derjenige, der über ihnen präsidiert (*praesidens*, als derjenige, der über ihnen steht), Macht über sie ausübt.« Die Verwendung von *praesidens*, das natürlich mit dem Ausdruck »Präsident« verwandt ist, ist hier von Bedeutung. Andere Übersetzungen finden sich in Ockham, *Court traité*, S. 102 (*»Or ils ne peuvent se défer de la sujétion excessive, à moins de savoir quelle est la nature et l'étendue du pouvoir que celui qui est à leur tête possède sur eux«*), und in ders., *A Short Discourse*, S. 9 (*»But they cannot be on guard against excessive subjection unless they know what and how much power their superior has over them«*).

[7] Siehe Bureau of Investigative Journalism, »Drone Warfare«, und außerdem Pitch Interactive, »Out of Site, Out of Mind«, online unter <http://drones.pitchinteractive.com/>, letzter Zugriff 8. September 2018.

[8] »Ce qu'il y a de plus scandaleux dans le scandale c'est qu'on s'y habitue«; zit. nach Judith Surkis, »Ethics and Violence: Simone de Beauvoir, Djamilia Boupacha, and the Algerian War«, in: *French Politics, Culture & Society* 28/2, Sondernummer (Sommer 2010), S. 38–55, hier S. 38.

[9] Pierre Vidal-Naquet, *La Torture dans la République*, Paris 1975); ders., *L'Affaire Audin*, Paris 1958. Im Besonderen widmete sich Vidal-Naquet mit Reportagen und Pamphleten dem Fall Marcel Audin und prangerte seine »Ermordung« an (ebd., S. 100). Viele Jahre später gestand Aussaresses, den Befehl zur Liquidierung Audins erteilt zu haben, siehe http://www.francetvinfo.fr/france/video-les-aveux-posthumes-du-general-aussaresses-on-a-tue-audin_500432.html, letzter Zugriff 8. September 2018.

[10] Siehe seinen berühmten Artikel »The Question«, in: *L'Express*, 15. Januar 1955; vgl. Stora, *Algeria 1830–2000*, S. 51.

[11] Stora, *Algeria 1830–2000*, S. 50; siehe allgemein dazu Jean Charles Jauffret, *Ces officiers qui ont dit non à la torture, Algérie 1954–1962*, Paris 2005.

Die amerikanische Neue Rechte

[1] George T. Shaw (Hg.), *A Fair Hearing: The Alt-Right in the Words of Its Members and Leaders*, London 2018.

[2] Guillaume Faye, *Wofür wir kämpfen. Manifest des europäischen Widerstandes. Das metapolitische Hand- und Wörterbuch der kulturellen Revolution zur Neugeburt Europas*, Kassel 2006.

[3] Daniel Friberg, *Die Rückkehr der echten Rechten. Handbuch für die wahre Opposition*, London 2015.

Antirassismus ist Rassismus

[4] »»That's such a racist question,« Trump tells News Hour's Yamiche Alcindor«, online unter: (<https://youtu.be/7bSMiSTdthE>), letzter Zugriff 1. Februar 2019.

Eine echte Gegenrevolution

[5] Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung*, Amsterdam 1947, S. 253.